

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 28.01.2020**

um 17:00 Uhr bis 19:40 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Tanja Kreimendahl

Stellvertretender Vorsitz

Herr Kurt-Peter Friese

Ratsmitglieder

Frau Dr. Stefanie Bluth
Herr Ottmar Heinz Gebhardt
Herr Mathias Heidtmann
Herr Sebastian Thiel
Herr Peter-Edmund Uibel

Vertreter für Herrn Mandt

Sachkundige Bürger/innen

Frau Susanne Fiedler
Herr Kai Eric Gerber
Herr Dr. Axel Kolodziej
Herr Wolfgang Rau
Herr Hans-Gerd Steinheuser
Frau Jutta Wilke
Herr Thomas Wingender
Herr Ernst-Peter Wolf

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Eike Jesinghaus

Beigeordnete

Frau Barbara Reul-Nocke

Von der Verwaltung

Herr Jens Fischer
Frau Monika Meves
Herr Jürgen Beckmann
Herr Horst Schwarzweller
Herr Thomas Judt
Herr Valentin Zimmermann
Frau Stephanie Kernke

Sachverständige

Herr Fred Schulz
Herr Andreas Bolle

Schriftführerin

Frau Birgit Mendryscha

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 12.11.2019 |
| 3 | | „Konzept zur naturnahen Entwicklung für nicht berichtspflichtige Gewässer und Dörpe und Eschbach in Remscheid“
- Präsentation durch das Umweltbüro Essen |
| 4 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 4.1 | 15/6416 | Handwerk und Mittelstand stärken – Aktueller Sachstand zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Remscheid |
| 4.2 | 15/6262 | Solarstadt Remscheid |
| 4.3 | 15/6717 | Welche Konsequenzen zieht die Stadt Remscheid aus den Ergebnissen des Smart City Indexes?
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 4.3.1 | 15/6766 | Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen: Welche Konsequenzen zieht die Stadt Remscheid aus den Ergebnissen des Smart City Indexes? |
| 4.4 | 15/6948 | Vandalismus im P&R Parkhaus wird immer schlimmer: Wann ergreift die Stadt endlich wirksame Maßnahmen? |
| 4.4.1 | 15/6949 | Vandalismusprävention am Hauptbahnhof |
| 5 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/6783 | Energiebericht 2019 |
| 5.2 | 15/6636 | Aktuelle CO2-Bilanzierung für Remscheid |
| 5.3 | 15/6802 | Mobilitätsbildung und Verbesserung der Schulweg- und Schulumfeldsicherheit |
| 5.3.1 | 15/6903 | Unterschiedliche Nachfragen im letzten Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss zum Thema "Sicherheit im Schulumfeld" |
| 5.4 | 15/6955 | Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage von Frau Fiedler im Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung; Anlage von Schutzstreifen bei Straßensanierungen |
| 6 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |

- 8** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 8.1** 15/6883 Neugestaltung Stadtpark Remscheid
- 8.2** 15/6989 Mobile Bäume gegen Falschparker*innen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10** 15/6824 Satzung zur Änderung der Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Remscheid
- 11** 15/6825 Satzung zur Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Remscheid zu wählenden Mitglieder
- 12** 15/6901 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf "Mehr Wohnbauland am Rhein"; Stellungnahme der Stadt Remscheid zur förmlichen Beteiligung gemäß § 9 Absatz 2 Raumordnungsgesetz in Verbindung mit § 13 Absatz 1 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Frau Kreimendahl eröffnet die Sitzung.

Frau Kreimendahl bittet, folgende Tagesordnungspunkte zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen:

- TOP 4.4.1, Ds.-Nr.: 15/6949 - Vandalismusprävention am Hauptbahnhof
- TOP 5.4, Ds.-Nr.: 15/6955 - Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage von Frau Fiedler im Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung; Anlage von Schutzstreifen bei Straßensanierungen
- TOP 8.2, Ds.-Nr.: 15/6989 - Mobile Bäume gegen Falschparker*innen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Reul-Nocke erläutert, dass Herr Zirngiebl bittet, TOP 8.2, Ds.-Nr.: 15/6989 - Mobile Bäume gegen Falschparker*innen, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die nächste Sitzung zu vertragen.

Weitere Änderungen / Ergänzungen werden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beschließt, folgende Tagesordnungspunkte zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen:

- TOP 4.4.1, Ds.-Nr.: 15/6949 - Vandalismusprävention am Hauptbahnhof
- TOP 5.4, Ds.-Nr.: 15/6955 - Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage von Frau Fiedler im Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung; Anlage von Schutzstreifen bei Straßensanierungen.

Die als Tischvorlage verteilte Ds.-Nr.: 15/6989 - Mobile Bäume gegen Falschparker*innen, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in die nächste Sitzung vertagt. Die TBR wird gebeten, an dieser Sitzung teilzunehmen.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 12.11.2019

Änderungen / Ergänzungen der Niederschrift werden nicht gewünscht.

**3. „Konzept zur naturnahen Entwicklung für nicht berichtspflichtige Gewässer und Dörpe und Eschbach in Remscheid“
- Präsentation durch das Umweltbüro Essen**

Herr Bolle vom Umweltbüro Essen stellt das Konzept zur naturnahen Entwicklung für nicht berichtspflichtige Gewässer und Dörpe und Eschbach in Remscheid vor – siehe hierzu auch **Anlage 1** der Niederschrift.

Auf Anfrage von Herrn Uibel berichtet Herr Fischer, dass das Konzept auf der Homepage der Stadt Remscheid abrufbar sein wird. Darüber hinaus bietet er an, direkten Kontakt mit dem Fachdienst Umwelt aufzunehmen, da hier weitergehende Fragen unmittelbar fachkundig beantwortet werden können.

Auf Nachfrage von Frau Fiedler erklärt Herr Fischer, dass gemeinsam mit dem Wupperverband eine Priorisierungsliste für die erforderlichen Maßnahmen erarbeitet wurde, die jährlich aktualisiert wird. Die Datengrundlage zu den Gewässern stammt bisher von 2007. Die Erkenntnisse zur Gewässerbelastung des Umweltbüros Essen werden in diese Prioritätenliste einfließen. Ein entsprechender Abstimmungstermin mit dem Wupperverband und der TBR wird anberaumt werden; Ziel ist es, einen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung innerhalb der nächsten 10 – 20 Jahre zu erarbeiten.

Herr Uibel bittet, der Politik die Priorisierungsliste zur Verfügung zu stellen.

Herr Fischer sagt zu, das aktualisierte Maßnahmenprogramm in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses vorzustellen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

**4.1. Handwerk und Mittelstand stärken – Aktueller Sachstand zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Remscheid
Vorlage: 15/6416**

Einvernehmlich wird TOP 4.2 als neuer TOP 4.1 behandelt.

Herr Schwarzweller stellt sich und sein Sachgebiet vor. Zu seinen Aufgaben gehört u. a. die kommunale Schwarzarbeitsbekämpfung. Er erläutert kurz Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten. Neben der grundsätzlichen Zuständigkeit des Zolls wurden auf kommunaler Ebene Zuständigkeiten im Bereich der Dienst- und Werkleistungen eingeräumt, die ohne gewerberechtliche und / oder handwerksrechtliche Legitimation erbracht werden. Die Behörde hat hier im Ordnungswidrigkeiten-Verfahren die gleichen Rechte wie Staatsanwaltschaft und Polizei.

Keine Schwarzarbeit liegt vor, wenn im Rahmen der gesellschaftlichen Gepflogenheiten Leistungen für Freunde oder Nachbarn erbracht werden, die auf Gegenseitigkeit beruhen und keine Gewinnabsicht zugrunde liegt.

Bußgeldbescheide in beträchtlicher Höhe werden erlassen mit dem ausdrücklichen Ziel einer außergerichtlichen Einigung bei gleichzeitigem Rechtsmittelverzicht ggf. unter Verringerung des Bußgeldes, das der Kommune zu zahlen ist.

Seit ca. 2 Jahren besteht eine einmalige Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft, die u. a. die Anschaffung eines zivilen Ermittlungsfahrzeuges ermöglichte.

Der Schwarzarbeitsbekämpfung steht im Fachdienst Bürger, Sicherheit und Ordnung eine Stelle mit einer 30-Wochenstunden-Kapazität zur Verfügung. Eine Vollzeitkapazität wurde zwz. zugesichert.

Die Kreishandwerkerschaft stellt – einmalig in NRW – Referenten zur Verfügung, die die städtischen Mitarbeiter auf dem Gebiet der Handwerksordnung schulen.

In den 2 Jahren der Kooperation wurden 200 Hinweise auf vermeintliche Schwarzarbeit gegeben, 45 Ordnungswidrigkeiten-Verfahren durchgeführt mit rechtskräftigen Bußgeldern über 50.000,--Euro und 60 Untersagungen ausgesprochen.

Herr Schulz ergänzt, dass das Konzept der Kooperation am 21.07.2017 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Schwerpunkte sind:

- Die Einrichtung einer Hotline zur Meldung von Verdachtsfällen durch die Bürgerschaft
- Schulungen des KOD
- Benennung von 12 Handwerksmeistern/innen aus verschiedenen Innungen als Innungsbeauftragte zum Kampf gegen Schwarzarbeit, die der Stadt auch zu ungewöhnlichen Zeiten zur Verfügung stehen.

Das Konzept ist einmalig in NRW, wurde bei verschiedenen überörtlichen Veranstaltungen vorgestellt und hat bisher großen Anklang gefunden.

Ca. 400 Mitglieder der Handwerkerschaft unterstützen die Kooperation auch in finanzieller Hinsicht, so wurde z. B. das Leasing-KFZ zunächst für die Dauer von 3 Jahren zur Verfügung gestellt.

In Remscheid existieren 800 ordnungsgemäß angemeldete Betriebe mit 7.300 Beschäftigten, davon 2.50 Ausbildungsbetriebe mit 550 Auszubildenden; diese Betriebe gilt es zu schützen, im Bestand zu sichern und Ausbildung zu ermöglichen.

Herr Schulz appelliert abschließend an Verwaltung und Politik, den Bereich der Schwarzarbeitsbekämpfung vor diesem Hintergrund in jeder möglichen Form zu unterstützen und auszubauen.

Es geht letztendlich um den Endverbraucherschutz vor allem in den gefahrgeneigten Handwerken.

Vorgesehen ist in ca. 2 Monaten die Durchführung einer Medienkampagne, die die Zielgruppe zur Beauftragung von Schwarzarbeit sensibilisieren soll.

Auf Anfrage von Herrn Heidtmann erklärt Herr Schwarzweller, dass die Dunkelziffer sehr hoch ist, zumal auch die Zusammenarbeit mit Zoll und Bezirksregierung z. B. bei der Verfolgung von Scheinfirmen nicht optimal ist. Er stellt fest, dass sich zumindest die avisierte Vollzeitstelle aufgrund der Fallzahlen und des Aufgabenspektrums kompensieren wird. Derzeit hat das Thema Schwarzarbeit keine Priorität, dennoch haben die KOD-Mitarbeiter ein geschultes Auge und erzielen unterstützt durch die Innungsbeauftragten gute Erfolge.

Frau Kreimendahl erkundigt sich nach der Vernetzung mit anderen Behörden. Herr Schwarzweller erläutert, dass lediglich die Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft und der Handwerkskammer Düsseldorf optimal funktioniert, mit allen anderen – auch per Gesetz benannten – Behörden existiert eine Zusammenarbeit nicht.

Auf Nachfrage von Frau Kreimendahl berichtet Herr Schwarzweller, dass im Jahr 2000 ein 4-köpfiges Team für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständig war und Bußgelder über 500.000,- Euro eingenommen wurden. Durch gesetzliche Neuregelungen wurde der Bereich der Schwarzarbeit damals in die alleinige Zuständigkeit des Zolls gestellt, die o.g. Stellen wurden im Rahmen einer internen Umorganisation mit anderen Aufgaben betraut.

Zur Anfrage von Herrn Dr. Kolodzy bestätigen Herr Schulz und Herr Schwarzweller, dass eine bessere Zusammenarbeit mit dem Zoll auch künftig nicht erreicht werden wird, da dieser für zusätzliche Aufgaben keine Ressourcen und bei der Ausübung seiner Arbeit andere Prioritäten hat.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und bedankt sich für die umfassende Information.

4.2. Solarstadt Remscheid Vorlage: 15/6262

Herr Judt beantwortet die von der SPD gestellten Fragen zur Solarstadt Remscheid – siehe hierzu auch **Anlage 2** des Protokolls.

Auf Anfrage von Herrn Thiel berichtet Herr Judt, dass die im Energiebericht unter Nr. 3 aufgeführten Listen abschließend die bestehenden Anlagen erfasst haben, die die Stadt Remscheid eigenverantwortlich betreibt. Weitere Neuerungen werden kontinuierlich erfolgen, soweit Innovationsmöglichkeiten erkannt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Gebhardt erklärt Herr Judt, dass Anlagen der Töchterunternehmen nicht erfasst wurden.

Zur Anfrage von Herrn Uibel erläutert Herr Judt, dass die Berechnung von CO₂-Einsparungspotentialen eine detaillierte Gebäudeüberprüfung voraussetzt, die mit der vorhandenen Zeit- und Personalkapazität nicht möglich ist. Bei notwendigen Gebäudesanierungen findet eine entsprechende Überprüfung statt; dort wo Maßnahmen sinnvoll und spürbar sind, werden sie umgesetzt.

Frau Fiedler erkundigt sich, in wie weit Denkmalschutz und regenerative Energien verknüpft werden. Herr Judt erklärt, dass bisher keine Konfliktsituation eingetreten ist. Er geht davon aus, dass Einvernehmen mit dem Denkmalschutz erzielt werden kann, wenn nachgewiesen werden kann, dass regenerative Energien sinnvoll sind.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

4.3. Welche Konsequenzen zieht die Stadt Remscheid aus den Ergebnissen des Smart City Indexes? Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 15/6717

Frau Fiedler bittet um Beantwortung folgender ergänzender Fragen:

- Sind Nachhaltigkeitsstrategie und Digitalisierung vereinbar?
- Wie sieht der Projektverlauf zur Qualitätssicherung im Bereich des Teilprojektes zwischen Remscheid und Solingen aus?

- Ist ein elektronischer Aktenplan vorgesehen und ist das Stadtarchiv ins verfahren eingebunden?
- Wie stellt sich die weitere technische Zusammenarbeit zwischen Remscheid und Wuppertal bezogen auf die Homepage dar?

Frau Reul-Nocke führt aus,

- Derzeit werden verwaltungsseitig strategische Vorschläge erarbeitet, die dem Verwaltungsvorstand und dem Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung vorgelegt werden sollen. Mobilität und Energien sind bei der Digitalisierung von zentraler Bedeutung.
- Fragen 2 und 3 werden zuständigkeithalber an Herrn Zimmermann weitergeleitet.
- Abschließende Ausführungen wurden unter TOP 8 der Mitteilungsvorlage 15/6766 gemacht. Hinsichtlich der zeitlichen Abwicklung wird die Anfrage an das Stadtmarketing weitergeleitet.

Auf Nachfrage von Frau Fiedler berichtet Frau Reul-Nocke, dass ein Fachdienst 0.19 – Digitalisierung – eingerichtet worden ist; Herr Zimmermann ist der Fachdienstleiter.

Herr Heidtmann erkundigt sich, in wie weit im Bürgerservice eine kurzfristige Entlastung durch Einführung der Digitalisierung erfolgen wird.

Frau Reul-Nocke erklärt, dass digitale Maßnahmen in 2019 angestoßen wurden. Im täglichen Arbeitsablauf finden digitale und analoge Prozesse nebeneinander statt; die Digitalisierung führt nicht automatisch zu einer Zeitersparnis bei der Bearbeitung.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung bittet, Herrn Zimmermann zwecks Berichterstattung zum Stand der Angelegenheit in die nächste Sitzung am 24.03.2020 einzuladen.

Herr Beckmann ergänzt, dass Terminvergaben und die Abholung von Personaldokumenten digitalisiert wurden; das E-Payment ist eingeführt, funktioniert aber noch nicht ordnungsgemäß, so dass eine qualitative Entlastung z. Z. noch nicht attestiert werden kann.

Frau Fiedler weist abschließend auf die bürgerorientierte Homepage der Stadt München hin.

4.3.1. Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen: Welche Konsequenzen zieht die Stadt Remscheid aus den Ergebnissen des Smart City Indexes?

Vorlage: 15/6766

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen zu den Konsequenzen der Stadt Remscheid aus den Ergebnissen des Smart City Indexes zur Kenntnis.

4.4. Vandalismus im P&R Parkhaus wird immer schlimmer: Wann ergreift die Stadt endlich wirksame Maßnahmen?

Vorlage: 15/6948

Herr Judt beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion – siehe hierzu auch **Anlage 3** der Niederschrift.

Herr Judt erklärt, dass die Angelegenheit auf der Grundlage der vom Gebäudemanagement erarbeiteten Lösungsansätze hinsichtlich des weiteren Vorgehens im Verwaltungsvorstand diskutiert und anschließend ins parlamentarische Verfahren eingebracht werden wird.

Auf Nachfrage von Frau Kreimendahl erklärt Herr Judt, dass viele Einzelmaßnahmen zur Problemlösung durchgeführt werden, jedoch eine konkrete Lösung derzeit nicht angeboten werden kann. Ein nächtliches Schließen ist aus Brandschutzgründen nicht möglich.

Auf Anfrage von Herrn Gebhardt berichtet Herr Beckmann, dass der KOD regelmäßige Kontrollen durchführt, die in letzter Zeit deutlich intensiviert worden sind und auf die Abendstunden ausgeweitet wurden.

Frau Fiedler bittet bei der Auswahl einer geeigneten Videoüberwachung die einschlägigen Vorschriften des Datenschutzes zu beachten. Frau Reul-Nocke bestätigt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine Videoüberwachung auch im Hinblick auf eine Speicherung der Daten mit positivem Ergebnis geprüft wurden.

Herr Uibel regt an, zur Überwachung des Parkhauses eine Detektei zu beauftragen. Herr Judt wird auch diese Möglichkeit prüfen.

Auf Nachfrage von Herrn Gerber berichtet Herr Judt, dass Kosten in Höhe von 15.000,-- Euro für die Instandsetzung des beschädigten Aufzugs angefallen sind.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

4.4.1. Vandalismusprävention am Hauptbahnhof Vorlage: 15/6949

Der Antrag der SPD-Fraktion wird hinsichtlich der Bereitstellung von Finanzmitteln konträr diskutiert.

Im Ergebnis formuliert Herr Thiel den Antrag wie folgt neu:

Die Verwaltung wird gebeten ihre Überlegungen für eine noch weitergehende Vandalismusprävention im P+R-Parkhaus am Remscheider Hauptbahnhof vorzustellen und die entsprechenden Maßnahmen mit Kosten zu hinterlegen.

Im Rahmen dieser Überlegungen sollte auch die Deutsche Bahn Station und Service GmbH angesprochen werden, ob städtische Sicherheitsleistungen gegen Entgelt auf den Haltepunkt (Bahnsteig und Aufzug) ausgedehnt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten ihre Überlegungen für eine noch weitergehende Vandalismusprävention im P+R-Parkhaus am Remscheider Hauptbahnhof vorzustellen und die entsprechenden Maßnahmen mit Kosten zu hinterlegen.

Im Rahmen dieser Überlegungen sollte auch die Deutsche Bahn Station und Service GmbH angesprochen werden, ob städtische Sicherheitsleistungen gegen Entgelt auf den Haltepunkt (Bahnsteig und Aufzug) ausgedehnt werden können.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Energiebericht 2019 Vorlage: 15/6783

Frau Fiedler stellt fest, dass im Bericht für den Zeitraum zwischen 2005 und 2010 die regenerativen Energien nicht aufgeführt sind und bittet die Begründung hierfür dem Protokoll beizufügen.

Herr Judt weist abschließend darauf hin, dass Ökostrom neu ausgeschrieben werden wird und damit zu rechnen ist, dass ab 2021 die Emissionen nochmals um 33 % reduziert werden können. Auch Wind- und Wasserkraft werden weiterhin im Fokus stehen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt den Energiebericht 2019 zustimmend und mit großem Lob an die Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung zur Anfrage von Frau Fiedler:

Zwischen 2005 und 2010 wurden auf städtischen Dächern keine Thermischen Solaranlagen errichtet.

Es wurden lediglich 2 Solar-Luftkollektoranlagen in 2009 auf dem Berufskolleg Technik und auf der Turnhalle der GGS Dörpfeld errichtet sowie eine Photovoltaikanlage in 2006 auf dem Gebäude Nordstraße 48 (damals REB, heute TBR). Diese Informationen können der Seite 49 des Energieberichtes entnommen werden.

5.2. Aktuelle CO₂-Bilanzierung für Remscheid Vorlage: 15/6636

Auf Anfrage von Herrn Uibel erklärt Frau Meves, dass die CO₂-reduzierung bei der AWG bei der CO₂-bilanzierung für Remscheid nicht berücksichtigt wurde; dem Bericht liegen Basisdaten zugrunde, die Deutschlandweit gelten, spezielle Einzelfälle werden dabei nicht beachtet.

Auf Nachfrage von Frau Wilms berichtet Frau Meves, dass

- durch Einführung eines neuen Tools in 2010 verbesserte, belastbarere Zahlen im Hinblick auf die THG-Emissionen vorgelegt werden können; das erklärt die nicht unerhebliche Abweichung zum Jahr 1990.
- Bestätigt werden kann, dass der Anteil an erneuerbarer Energie am Stromverbrauch gering ist. Es gibt in Remscheid aber auch nur 1 Windkraftanlage und die Solarenergie, die erneuerbare Energie herstellen.
- Biomasse ein virtuelles Gas ist, das den Berechnungen zugrunde gelegt wird.
- Die Nutzung von Abfall per Definition keine erneuerbare Energie ist, die hier berücksichtigt werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Fiedler erklärt Herr Fischer, dass Stadt und EWR vor einigen Jahren eine Bewertung der Standorte vorgenommen haben, wonach unabhängig vom Naturschutz in Remscheid keine lohnenswerten Standorte für Windkraftträder attestiert wurden.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die aktuelle CO₂-bilanzierung für Remscheid und die ergänzenden Ausführungen zur Kenntnis.

5.3. Mobilitätsbildung und Verbesserung der Schulweg- und Schulumfeldsicherheit
Vorlage: 15/6802

Auf Anfrage von Herrn Uibel stellt Frau Reul-Nocke fest, dass an den Remscheider Grundschulen im Rahmen der Verkehrserziehung Fahrrad- und Fußgängerpass erworben werden können.

Zur Nachfrage von Frau Fiedler führt Frau Meves aus, dass der Förderantrag gestellt wurde und zwz. positive Signale zur Bewilligung durch die Bezirksregierung gesendet wurden, so dass nach Freigabe des entsprechenden Landeshaushaltes mit dem schriftlichen Bescheid ab Mitte Februar 2020 gerechnet wird. Ggf. wird bei einer Verzögerung der Bewilligung im April 2020 ein vorgezogener Maßnahmenbeginn erfolgen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Mitteilung zur Mobilitätsbildung und Verbesserung der Schulweg- und Schulumfeldsicherheit zur Kenntnis.

5.3.1. Unterschiedliche Nachfragen im letzten Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss zum Thema "Sicherheit im Schulumfeld"
Vorlage: 15/6903

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Antwort der Verwaltung zu den unterschiedlichen Nachfragen im letzten Haupt-, Finanz-, und Beteiligungsausschuss zum Thema "Sicherheit im Schulumfeld" zur Kenntnis.

5.4. Antwort der Verwaltung zu einer Anfrage von Frau Fiedler im Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung; Anlage von Schutzstreifen bei Straßensanierungen
Vorlage: 15/6955

Frau Fiedler erklärt, dass bei der Sanierung eines Teilstückes der Poststraße versäumt wurde, entsprechend der geltenden Beschlusslage einen Schutzstreifen anzulegen.

Verwaltungsseitig wird in Frage gestellt, dass der fragliche Beschluss zum Zeitpunkt der Sanierung bereits bestand.

Frau Fiedler bittet um Überprüfung und erneute Berichterstattung.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Antwort der Verwaltung zur Anfrage von Frau Fiedler zur Anlage von Schutzstreifen bei Straßensanierungen zur Kenntnis.

6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung werden nicht gemacht.

8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**8.1. Neugestaltung Stadtpark Remscheid
Vorlage: 15/6883**

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Angelegenheit als Prüfauftrag zu betrachten ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtpark wird neugestaltet und bei der Umsetzung werden folgende Vorschläge geprüft.

1. Nach Vorlage des hydrologischen Gutachtens, soll der jetzige Stadtparkteich durch ein flaches und sicheres Becken in ansehnlicher Größe mit Fontäne am jetzigen Standort ersetzt werden. Es sollen ausreichend Sitzplätze mit einer mind. Sitzhöhe von 53 cm aufgestellt werden, die auch barrierefrei erreichbar sind.
2. Der jetzige Kinderspielplatz wird durch einen Wasserspielplatz und zusätzlichen Sitzgelegenheiten ergänzt. Die Flächen hinter den Sitzreihen der Konzertmuschel bekommen einen Wasserlauf durch einen Steingarten. Am Spielplatz wird ein Trinkbrunnen installiert.
3. Der natürliche Wasseraustritt im Edelhoffpark unterhalb des Sportplatzes wird in einen Teich gefasst, der über einen flexiblen Wasserspiegel verfügt und damit einer Schutzfunktion zum Regenrückhalt bei Extremwetterereignissen gerecht wird. In direkter Nähe zu diesem Teich gibt es Grillgelegenheiten und Bänke.

Punkt 1-3 werden nach Vorliegen des hydrologischen Gutachtens geprüft.

4. Der Edelhoffpark erhält eigene Kinderspielgeräte.
5. Die Grünfläche vor dem Bismarckturm wird vergrößert. Die Grünachse wird von der Konzertmuschel bis an die Martin-Luther-Straße verlängert. Der Eingang zum Stadtpark sollte am Ende der Martin-Luther-Straße (Höhe Leon-Goraguer-Platz) liegen.
6. Die Bänke im Stadtpark, insbesondere die Sitzbänke an der Konzertmuschel, werden erneuert. Die Liegebänke werden nach Möglichkeit nach Süden ausgerichtet.
7. Die Hundewiese wird verlegt und eingezäunt.

8. Einzelne Laufrunden werden im Stadtpark ausgewiesen und beschildert. Die Laufwege sind geschottert und die Schilder benennen Entfernungen. Es wird eine Verbindung in den Edelhoffpark auf Höhe der Kleingartenanlage angelegt. Auch die Zu- und Abwege zum Stadtpark werden mit Entfernungsangaben ausgeschildert.
9. Der Fitnesspark wird in den Stadtpark verlegt – vorzugsweise zwischen Sportplatz und Stadtpark.
10. Es gibt eine weitere Gastronomiefläche für einen Biergarten z. B. am Julius-Koch-Weg oder am Bismarckturm. Die Stadt entwickelt ein Konzept für die Verpachtung. Auch der Bismarckturm wird für eine gastronomische Nutzung oder Kiosk geprüft. Dabei sind Kooperationen mit der bestehenden Gastronomie zu prüfen.
11. Die Bushaltestelle Stadtpark wird näher an den eigentlichen Park gelegt. Es werden Fahrradparkplätze und Ladestationen für E-Autos und E-Biks/Pedelecs an den großen Eingängen des Stadtparks eingerichtet.
12. Die Altpapiercontainer werden von der Martin-Luther-Straße in die Ecke des Schützenplatzes an der Einfahrt zum Schwimmbad verlegt. Nach Möglichkeit wird auf Unterflurcontainer umgerüstet.
13. Es wird ein Sicherheitskonzept zur Vermeidung von Vandalismus aufgelegt. Ein Baustein hierfür sollte ein Beleuchtungskonzept sein, das nachhaltige technische und ökologische Lösungen einbezieht.
14. Ein Pflegekonzept zur Gewährleistung der Sauberkeit wird vorgelegt. Dabei werden Bürger ermutigt, mitzuwirken. Auch Unternehmen werden eingeladen, Patenschaften für Beete und Bäume zu übernehmen.
15. Im Stadtpark sollte die Einrichtung von „Erlebnissen“, z. B. in Form einer Kindereisenbahn, eines Streichelzoos, eines Klettergartens, einer Seilbahn vom neuanzulegenden Teich Edelhoffpark bis Schützenplatz berücksichtigt werden.
16. Ein Beleuchtungsfestival wird angeregt.
17. Es wird ein Konzept für öffentliche Toilettenanlagen erarbeitet.
18. Alle oben genannten Punkte werden behindertengerecht, nachhaltig und für die Öffentlichkeit offen und eintrittsfrei (bis auf Punkt 15) umgesetzt.

**8.2. Mobile Bäume gegen Falschparker*innen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 15/6989**

vertagt – siehe TOP 1

9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung werden nicht vorge-
tragen.

**10. Satzung zur Änderung der Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt
Remscheid
Vorlage: 15/6824**

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur Änderung der Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Remscheid wird gemäß Anlage beschlossen.

- 11. Satzung zur Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Remscheid zu wählenden Mitglieder
Vorlage: 15/6825**

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Remscheid zu wählenden Mitglieder wird gemäß Anlage beschlossen.

- 12. 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf "Mehr Wohnbauland am Rhein";
Stellungnahme der Stadt Remscheid zur förmlichen Beteiligung gemäß § 9
Absatz 2 Raumordnungsgesetz in Verbindung mit § 13 Absatz 1 Landesplanungs-
gesetz Nordrhein-Westfalen
Vorlage: 15/6901**

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die folgende Stellungnahme zum Entwurf der 1. Änderung des Regionalplans Düsseldorf wird beschlossen:

Zur ersten Auslegung der Regionalplanänderung hatte die Stadt Remscheid mit ihrer Stellungnahme vom 02.10.2019 die regionalplanerischen Punktwertungen von 76,8 von 100 für RS_01 (Mitte), 74,9 von 100 für RS_02 (Stachelhausen) sowie 65,1 von 100 für RS_03 (Honsberg) sowie die Einzelwerte gemäß dem Bewertungsraster A Erreichbarkeit/Verkehr, B Ökologische Verträglichkeit, C Infrastrukturelle Ausstattung, D Städtebau, E Ausbau und Planung sowie F Brachflächenbonus bestätigt.

Die Remscheider Steckbriefe, deren Flächen weiterhin für eine regionale Bedarfsdeckung von 1.300 Wohneinheiten aktiviert werden sollen, sind zum aktuellen Verfahrensstand nicht mehr identisch mit den vorherigen Fassungen. Gemäß der betreffenden Anlage 3 der aktuel-

len Beteiligungsunterlagen fällt der Eignungsgrad jeweils um 10 Punkte gegenüber den Ermittlungen zur ersten Auslegung zurück.

Die Ursache dafür ist, dass die Kategorie E Ausbau und Planung um 10 Punkte reduziert worden ist. Für RS_01 und RS_02 sind hierfür 0 Punkte und keine begriffliche Erwähnung und bei RS_03 gerade noch 3 Punkte mit der Benennung „Neubau SPNV-Haltepunkt Honsberg“ benannt. Hierdurch erhalten der Stadtteil Mitte „nur“ noch 66,8, Stachelhausen 64,9 und Honsberg 55,1 Punkte in der Gesamtwertung.

Dies ist nicht nachvollziehbar, da die infrastrukturelle Neuplanung eines Haltepunktes für alle drei involvierten Stadtteile bedeutsam ist und diese in den Kategorien A und C jeweils nicht bereits maximale Punktwertungen erzielt haben.

Weiterhin hat die Stadt Remscheid bereits auf die erhebliche Bedeutung eines neuen Schienenpersonennahverkehrs-Haltepunktes Remscheid-Honsberg für eine regionale Bedarfsdeckung hingewiesen. Dieser befindet sich angrenzend zu den Stadtteilen Honsberg sowie Stachelhausen und stellt für Adressen im Stadtteil Mitte teilweise eine erhebliche Abkürzung gegenüber den anderen benachbarten Bahnhöfen dar. Zugleich ist die betreffende Bahnlinie des „Müngsteners“ (S 7) die direkte und einzige Remscheider Eisenbahnverbindung zum Solinger Hauptbahnhof, von wo aus nach Düsseldorf und Köln umgestiegen werden kann, sowie eine potenzielle künftige Direktverbindung in die genannten Oberzentren. Für einen umweltverträglichen Pendelverkehr in die Rheinschiene ist der neue Haltepunkt erforderlich. Die Punktwertungen der Kategorie E in den die Stadt Remscheid betreffenden Steckbriefen sollten daher wieder auf die vorherige Wertung gesetzt werden.

Dies ist auch aus einem weiteren Grund relevant: Diverse vorgesehene Siedlungen der 1. Regionalplanänderung liegen benachbart zu oder angrenzend an Überschwemmungsbereiche des Rheins, was angesichts von erwartbar zunehmenden Extremwetterereignissen im Zuge des Klimawandels risikoreich ist. Eine bedarfsdeckende Realisierung dieser eingezeichneten neuen Flächen durch die kommunalen Bauleitplanungen ist daher nicht erwartbar. Die Potenzialbereiche RS_01, RS_02 und RS_03 in Remscheid dagegen sind bereits entwickelte, topographisch durch Kuppenlagen geprägte Stadtteile, deren Leerstände, Nachverdichtungs- und Aufstockungspotenziale in dem durch die 1. Regionalplanänderung definierten Ausmaß absehbar nur mit dem Mobilitätsimpuls eines nahegelegenen neuen Schienenpersonennahverkehrs-Haltepunktes Honsberg realisiert werden können.

Mit Blick auf die Berücksichtigung der allgemeinen Anregungen der Remscheider Stellungnahme vom 02.10.2019 ist anzumerken, dass diese weitgehend nicht berücksichtigt wurden. Es wird vollumfänglich auf diese Stellungnahme verwiesen.

Zu erwähnen ist hierzu zwar, dass dem Hinweis der Stadt Remscheid auf eine unter normalen Marktbedingungen wohnungswirtschaftlich anzunehmende Fluktuationsreserve in einer Höhe von ca. 3 % durch eine Ergänzung des Begründungstextes gefolgt wurde: „Die Fluktuationsreserve beschreibt also einen Leerstand, für gewöhnlich von ca. 3 % des Wohnungsbestandes, der auf dem Wohnungsmarkt unabdingbar ist, um den Wünschen von Haushalten nach Umzügen Rechnung zu tragen.“ Bereits im nächsten Satz wird diese inhaltlich zutreffende Aussage allerdings ohne eine sonstige Erläuterung durch die abweichende Anwendung in der 1. Regionalplanänderung kontrastiert: „Die Komponente Fluktuationsreserve wird in der aktuellen Bedarfsberechnung mit 1% des Wohnungsbestandes (Stand 31.12.2017) für den gesamten Zeitraum angenommen und auf die Einzeljahre gleichmäßig verteilt.“

Selbst wenn plausibel angenommen wird, dass in der Regionalplanung aus anderen Gründen eine deutlich nach unten korrigierte Gewichtung einer ansonsten höheren wohnungswirtschaftlichen Fluktuationsreserve vorgenommen wird – etwa teilweise aufgrund des ebenfalls eingerechneten Sicherheitsbodens auf Seite 13 – bleibt dies eine Spekulation, da dies nicht entsprechend erläutert ist.

Gemäß Aussage der Bezirksregierung Düsseldorf ist der Faktor der Arbeitsplatzdichte zum Stichtag 31.12.2017 nur innerhalb der Kreise anzuwenden. Dementsprechend wird für die kreisfreie Stadt Remscheid kein entsprechender Dichtewert einbezogen. Es fehlt jedoch eine plausible Herleitung für diese Auslassung. Weiterhin ist es für die nachfolgende Regionalplanung grundsätzlich angebracht, die vorhandene hohe Arbeitsplatzzentralität der Stadt Remscheid, die aktuell selbst diejenige diverser Oberzentren übersteigt, zu berücksichtigen.

Hinsichtlich der beabsichtigten Umsetzung der 1. Regionalplanänderung in den gesamten Regionalplan Düsseldorf ist anzumerken, dass diese aus den Änderungen der textlichen Darstellungen (Anlage 4, https://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/pdf_rpd_aen/01rpdaen_2bet/Anlage4_1RPD_Kapitel_3_1_2.pdf) nicht klar erkenntlich ist. Die Aufhebung des bisherigen Absatzes „Flächenrücknahme“ im Absatz 3-1-2 Verantwortliche Flächeninanspruchnahme ist zwar teilweise folgerichtig, betrifft jedoch weder die Stadt Remscheid noch die meisten anderen Städte in der Planungsregion Düsseldorf. Zudem sind sowohl Wohn-, als auch Wirtschaftsflächen betroffen, während die 1. Regionalplanänderung bislang nur Wohnflächen thematisiert hat. Die Umbenennung der „Beikarte 3A – Sondierung für eine zukünftige Siedlungsentwicklung“ in „Beikarte 3A – Optionen für eine zukünftige Siedlungsentwicklung“ ist begrifflich nachvollziehbar, betrifft allerdings die Stadt Remscheid nicht.

Eine handwerklich einwandfreie Umsetzung der 1. Regionalplanänderung in den bisherigen gesamten Regionalplan Düsseldorf ist erforderlich, damit dieser als rechtssichere Planungsgrundlage bestehen bleibt. Hierfür sind nach Auffassung der Stadt Remscheid noch klarstellende Herausarbeitungen erforderlich.

Aus der mit diesem Schreiben übermittelten Stellungnahme ergeben sich keine die unmittelbaren Vorhaben der Stadt Remscheid negativ berührenden Aspekte, sodass ein Inkrafttreten der 1. Regionalplanänderung aus der kommunalen Perspektive heraus akzeptabel wäre. Aus fachlichen Gründen allerdings ist auf den geäußerten Anregungen zu bestehen.

Frau Kreimendahl schließt die Sitzung.

Tanja Kreimendahl
Vorsitzende

Birgit Mendryscha
Schriftführerin